

Erste Resolution der Rockmusiker und Liedermacher

Wir, die Unterzeichner dieses Schreibens, sind besorgt über den augenblicklichen Zustand unseres Landes, über den massenhaften Exodus vieler Altersgenossen, über die Sinnkrise dieser gesellschaftlichen Alternative und über die unerträgliche Ignoranz der Partei- und Staatsführung, die vorhandene Widersprüche bagatellisiert und an einem starren Kurs festhält. Es geht nicht um „Reformen, die den Sozialismus abschaffen“, sondern um Reformen, die ihn weiterhin in diesem Land möglich machen. Denn jene momentane Haltung den existierenden Widersprüchen gegenüber gefährdet ihn.

Wir begrüßen ausdrücklich, daß Bürger sich in basisdemokratisch orientierten Gruppen finden, um die Lösung der anstehenden Probleme in die eigene Hand zu nehmen. Dieses Land braucht die millionenfache Aktivierung von Individualität, die alten Strukturen sind offenbar kaum in der Lage dazu. So haben wir den Aufruf des Neuen Forum zur Kenntnis genommen und finden in dem Text vieles, was wir selber denken, und noch mehr, was der Diskussion und des Austausches wert ist. Wir halten es für überfällig, alte Feindschaften und Vorbehalte abzubauen und zu überwinden. Es ist nun wichtig, daß der politische Wille großer Teile der interessierten Bevölkerung eine positive Entsprechung „von oben“ findet, d.h. auch Anerkennung dieser Gruppen, ihre Tolerierung und Einbeziehung in das Gespräch und in die Gestaltung dieser Gesellschaft, wie es die Verfassung der DDR mit ihren Bestimmungen gebietet. Dieses unser Land muß endlich lernen, mit andersdenkenden Minderheiten umzugehen, vor allem dann, wenn sie vielleicht gar keine Minderheiten sind.

Das Anwachsen rechtsextremer und konservativ-nationaler Elemente auch bei uns, das Beliefern gesamtdeutscher Anschauungen ist ein Ergebnis fehlenden Reagierens auf angestauete Widersprüche und historisch unverarbeitete Tatsachen. Linke Kräfte fallen dieser Politik des Festhaltens erneut zum Opfer. Wir wollen in diesem Lande leben, und es macht uns krank, tatenlos mitanzusehen zu müssen, wie Versuche einer Demokratisierung, Versuche der gesellschaftlichen Analyse kriminalisiert bzw. ignoriert werden. Wir fordern jetzt und hier sofort den öffentlichen Dialog mit allen Kräften. Wir fordern eine Öffnung der Medien für diese Probleme. Wir fordern Änderung der unaushaltbaren Zustände. Wir wollen uns den vorhandenen Widersprüchen stellen, weil nur durch ihre Lösung und nicht durch ihre Bagatellisierung ein Ausweg aus dieser Krise möglich sein wird.

Feiges Abwarten liefert gesamtdeutschen Denkern Argumente und Voraussetzungen.

Die Zeit ist reif. Wenn wir nichts unternehmen, arbeitet sie gegen uns.

Berlin, den 18.9.1989

Verteiler: ADN, ND, JW, Ferns. d. DDR, Rundfunk der DDR, ZK der SED, MPK, Staatsrat, Generaldirektor beim Komitee für Unterhaltungskunst, Volkskammer, Schriftstellerverband, VbK, FDJ, Theaterverband, VdJ, MfS, Mdl.

Unterschriften:

18.9.1989: G. Schöne, A. Herzberg, H. E. Wenzel, Jörn Brumme, J. Gersdorf, Carlie Eitner, E. Lembke, R. Nawrath, I. Griese, J. Ehle, Gerhard Laartz, C. Muschell, Toni Krahl, M. Scheler, F. Schöbel, T. Danz, C. Bauer, M. Lönnig, R. Barton, Kurt Demmler, Lutz Kerschowski, A. Weiz, W. Bartsch, S. Mensching, O. Fiedler, W. Bienert, B. Hergert, B. Römer, I. Krautwurst, C. Liebig, T. Römer, R. Fischer, N. Kaltwasser, S. Berner, H. Maaß, G. Schwark, B. Struzyk, J. Foth, H. Hirdina, K. Hirdina, M. Voigt, G. Staskowiak, A. Doberanz, G. Wenzel, A. Knaup, T. Morgenstern, R. Rohloff ... u.v.a.

Quelle: C. Schüddekopf (Hg.): „Wir sind das Volk!“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Hamburg 1990, S. 39/40